

Zeit vor dem Kriege mit denen der Jetztzeit in Vergleich zu bringen; denn die Entwertung unseres Geldes nach all den unglücklichen Geschehnissen, die über uns gekommen sind, hat ja dahin geführt, daß man jetzt ungefähr zehn Mark dafür ausgeben muß, was früher für eine Mark erhältlich war. Zahlen zu vergleichen, nützt jetzt nichts. Die Aufgabe, die wir uns im Anfang stellten, ist auch heute immer wieder zu lösen. Es gilt, Arbeitsleistung und Entlohnung in Einklang zu bringen, so daß die heimarbeitende Frau und Mutter, die neben der Berufsarbeit doch noch Mann und Kinder und Häuslichkeit zu versorgen hat, das, was sie für den Lebensunterhalt verdienen muß, in durchschnittlich acht Arbeitsstunden täglich verdienen kann. So scharf konnten wir unsere Ziele im Anfang noch nicht umreißen, aber Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit und dadurch Gesundung der Heimarbeitsverhältnisse, danach haben wir von der ersten Stunde des Zusammenschlusses angestrebt. Wenn das erreicht werden sollte, mußte eben eine lebensfähige Organisation die Trägerin und Vertreterin der Wünsche der Heimarbeiterinnen sein. Niemand glaubte, daß eine solche zu schaffen sein würde. Wir aber wollten sie, und im Vertrauen auf Gott arbeiteten wir. 150 Mitglieder am Ende des Jahres 1900 und in der Hauptkasse 4,31 M Fehlbetrag war gerade kein ermutigendes Ergebnis. Alle prophezeiten, daß ein Heimarbeiterinnenverband an der Schwäche seiner Mitglieder zugrunde gehen werde. Jetzt haben wir rund 20 000 Getreue in unseren Reihen, die auf dem Verbandstage im Juni dieses Jahres den für Heimarbeiterinnen nicht leichten Entschluß gefaßt haben, die Beiträge wesentlich zu erhöhen, damit die Hauptkasse den an sie in Folge der Geldentwertung so sehr gesteigerten Anforderungen auch in Zukunft gewachsen bleiben soll. Es ist nicht nötig, heute die Summen anzuführen, die in der Form von Krankengeldzuschuß, Wöchnerinnenbeiträge und Sterbegeldzuschuß den Lebensweg unserer Mitglieder erleichterten. In jeder Gruppe wissen so- und sovieler davon zu zeugen, was die Organisation in Nöten für sie war. Es ist genug, wenn wir dessen eingedenk bleiben, daß die beiden Wege zum Ziel, der Weg der Selbsthilfe und der Weg der Staatshilfe, sich bewährt haben und nach wie vor bewähren.

Als im November 1911 im Reichstag das Hausarbeitgesetz zuerst beraten wurde, war es der Abgeordnete Franz Behrens, der getreue Freund unserer Sache, der mit dem Wort: „Gehet in die Beratung des Hausarbeitgesetzes ein, tretet, lasst Sie uns daran gedenken, daß dieser Gesetzentwurf uns nicht beschäftigen würde ohne die rühmliche Arbeit des Gewerkschaftsvereins der Heimarbeiterinnen.“ zum Ausdruck brachte, was der Gewerkschaft für die Heimarbeiterinnen Deutschlands bedeutet. Unsere Programmforderungen vom April 1902 waren allmählich fast alle erfüllt oder wenigstens ihrer Erfüllung näher gebracht, so daß wir uns im Jahre 1909 ein neues Programm schaffen mußten, und diejenigen unserer Forderungen, deren Erfüllung durch den Weltkrieg hinausgeschoben wurden, Errichtung von Fachauschüssen, Förderung von Tarifverträgen, als wichtigste: Schaffung von Lohnämtern mit der Befugnis, rechtsverbindliche Löhne festzusetzen — sie werden, will's Gott, in naher Zukunft Wahrheit werden, wieder unter starker Mitarbeit der Organisation, die, wie keine andere, weiß, was zur Gesundung der Heimarbeitsverhältnisse nötig ist.

Der Weg der Staatshilfe soll die Ergänzung für die Fortschritte bringen, die auf dem Wege der Selbsthilfe gerade im letzten Jahre gemacht worden sind.

Konnten wir 1906 die ersten Tarifverträge in der Schirmindustrie in Königsberg und Breslau unter Dach bringen, ein Erfolg, der sehr wesentlich auf die vorangegangene erste deutsche Heimarbeiterausstellung in Berlin, der auch unsere geliebte einstige Kaiserin ihr heißes Interesse für das Los der Heimarbeiterinnen verdankte, zurückzuführen war, so haben wir in dem letzten Jahre über 30 Tarifabschlüsse tätigen können. Unsere Mitglieder wissen, welche eine Hilfe ihnen diese in der schweren Notzeit der Gegenwart geworden sind, sie haben mehr denn je begriffen gelernt, daß durch die zielbewusste Arbeit unseres Verbandes ihre Lebensarbeit auf ganz andere, immer gesündere, befriedigendere Grundlagen gestellt wird. So kommen allmählich immer größere Scharen zu uns und arbeiten mit an der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und schaffen mit daran, daß Deutschland, das verachtete Deutschland, das wir doch über alles lieben, auf dem Gebiete der Heimarbeit vorbildlich für die anderen Völker wird.

Aber die christlich-national organisierten Heimarbeiterinnen haben niemals nur an sich und ihr Geschick gedacht. Sie haben stets gewußt, daß, wenn sie Elend und Not im eigenen Haus bekämpften durch treue Ständearbeit, sie gleichzeitig mitarbeiteten an der Gesundung deutscher Wirtschaft, deutschen Volkslebens. Sie haben stets gewußt, daß sie die Glieder eines

großen Ganzen, eines Gemeinwesens waren, auf das sie auch noch in seinen Mängeln stolz waren, weil sie fühlten, daß sie ja in der Arbeit für den Stand zugleich Arbeit für den Staat, dem sie angehörten, taten. So liebten sie sich nicht zu beklagen, sondern arbeiteten und hofften und sahen die Fortschritte ihres Hoffens von Jahr zu Jahr. Langsam ging es vorwärts, aber — es ging vorwärts. Bis das schwere Erleben über uns alle kam. Der Krieg, den unsere Feinde wollten, um das fleißigste, tatkräftigste Volk der Erde auszuschalten aus dem Wettbewerbs-

Was die Feinde wollten, hätten sie nie erreicht, wenn alle Deutschen gedacht hätten wie die organisierten Heimarbeiterinnen. Sie wurden die treuesten Mitkämpferinnen unserer Tapferen. In der Heimat schafften sie für sie, für alle, was geschafft werden mußte, und keine Hungerblockade des lastherzigsten unserer Feinde vermochte sie in ihrer Treue zu erschüttern. Hunger und Kälte ertrugen sie neben aller Heimarbeit mit ernster, stiller Entschlossenheit in dem Bewußtsein, daß „Deutschland leben müsse“. Sie gaben ihre Männer und Söhne dem Vaterlande, sie trugen Not und Leid und murten nicht. Sie glaubten an Deutschlands Zukunft auch in den bittersten Stunden. Gegen Waffenstillstand und Unterschriften eines unerfüllbaren Friedensvertrages wehrten sie sich bis zuletzt.

„Nicht um der Frauen und Kinder willen darf Deutschland einen Frieden schließen, der seine Ehre verfehrt,“ so gaben sie ihren Willen den Volksgenossen, den Männern, kund. Männer wurden schwach, sie blieben stark. Sie wußten, Deutschland ist so, wie seine Söhne und Töchter sind. Und so hielten sie aus, hielten durch. Hätte es nur Menschen ihrer Gesinnung in Deutschland gegeben, wir wären nicht zusammengebrochen. Die deutschen Heimarbeiterinnen waren nicht auf die Knie zu zwingen.

Nun liegen wir am Boden. Nun sollen wir frohen. Wenn es nach unseren härtesten Feinden ginge: in alle Ewigkeit. Aber ein Volk, das so starke, stolze Frauen hat, ist kein Knechtvolk, kann es nicht bleiben. Die Frauen und Mütter glauben auch heute noch an Deutschlands Zukunft, wie an die Zukunft ihrer Kinder. Heimarbeiterinnen haben mehr Not und Sorge kennengelernt, als so und so viele, die verzagen und verlagten. Heimarbeiterinnen, christlich-national organisierte Heimarbeiterinnen, wissen, daß man durch unermüdeliches Schaffen und zielbewusstes Wollen sich hindurcharbeiten kann zu besserer Zeit. Sie wollen das fernher, wie sie es früher wollten. Sie sind längst aus schwachen, verzagten Frauen Kämpfer geworden. Kämpfer für Kinder und Haus, Kämpfer für Volk und Land. Sie werden auch Kämpfer für Deutschlands Zukunft sein.

„Zeiten voll Arbeit und Ringen, voller Sorgen und Kämpfen liegen hinter uns, aber auch voll von Fortschritten, Freuden und Erfolgen,“ hieß es vor zehn Jahren. Jetzt heißt es in unseren Reihen: „Arbeit und Ringen, Sorgen und Kämpfen liegen vor uns, denn unser Vaterland ist arm und geknechtet und wir mit ihm. Aber — wir wissen, daß Gott der Herr unsere Hilfe in allen Nöten, zu allen Zeiten gewesen ist. Wir wissen, daß er keinen verläßt, der sich auf ihn verläßt. Im Vertrauen auf ihn gehen wir vorwärts, hinein in das neue Jahrzehnt, ein Jahrzehnt deutscher Not. Wir verzagen nicht, wir klagen nicht. Wir werden arbeiten wie bisher, werden arbeiten und nicht verzweifeln, sondern glauben und vertrauen. Sehen wir selbst es nicht mehr, wie Deutschland aufersteht, so werden es unsere Kinder und Enkel sehen. Wir geben uns nicht auf. Nur ein Volk, das sich selbst aufgibt, ist verloren.“

Vorwärts mit Gott für Deutschlands Zukunft!

Eltern und Schule.

Der große Philosoph Kant nennt die Erziehung das vornehmste Geschäft und das schwerste, das einem Menschen aufgegeben werden kann. Mit Recht! Erziehung ist das vornehmste Geschäft, gilt es doch dem höchsten Geschöpf dieser Erde, dem Menschen. Wen sein Beruf nur mit Sachen zusammenbringt, der kann einmal in seiner Sorgfalt nachlassen, er schadet letztlich nur sich selbst, wer mit Menschen zu tun hat, darf nie ermatten, jeder Mangel an Sorgfalt schadet ja einer lebendigen Seele. Das macht die Erziehung so schwer. Jedes Nachlassen schadet hier um so mehr, je zarter und blühender die Kindesseele noch ist. „Kinder sind Häufel von Gott und schwerer als alle zu lösen, aber der Liebe gelingt's, wenn sie sich selber bezwingt.“ Das Dichterwort zeigt die Schwierigkeit, aber auch die Lösung: „wenn sie sich bezwingt“. Das mahnt uns, uns selbst in der Zucht zu haben, uns immer gleich zu bleiben, konsequent zu sein. Was heute gilt, muß morgen auch noch gelten, man darf nicht heute, weil man

daher den Parteien, erneut den Versuch zu machen, einen Lohnarif zu schaffen. Sollten die Arbeitgeber die Verhandlungen trotzdem ablehnen, so würde der Schlichtungsausschuss den Tarifvorschlag der Antragsteller unter Hinzuziehung von Sachverständigen prüfen und gegebenenfalls über ihn einen Schiedsspruch fällen."

Die Arbeitnehmer haben die Entscheidungen des Schlichtungsausschusses angenommen, die Arbeitgeber lehnen sie ab, wie sie es ablehnen, in der Wäschebranche überhaupt weiter mit uns zu verhandeln, wenn wir die uns durch Schiedsspruch angebilligte Forderung der freien Garnlieferung und des bezahlten Urlaubes nicht zurückziehen. Das verzögert den Abschluß des Tarifes und ist insofern zu bedauern. In anderer Beziehung ist die Stellung der Unternehmer nur zu begrüßen: sie zeigt endlich auch dem langsamsten Meister, der schwerfälligsten Feimarbeiterin, daß sie Regelung, Klärung, Besserung ihrer Lage nie dem Wohlwollen dieser Fabrikanten, sondern nur der eigenen Tatkraft verdanken werden. Die Einsicht kommt spät, aber noch nicht zu spät, hat doch die letzte Zeit einen starken Zustrom der Feimarbeiterinnen und, wie wir hören, auch der Meister zur Organisation gebracht. Nur noch ein Weischa so weiter, so werden auch diese so heiß umkämpften Tarifverträge zum Abschluß gekommen sein und den Arbeitgebern zeigen, daß sie nicht eine Schädigung, sondern Verbesserung und Fortschritt für die Industrie bedeuten.

Gegenwärtiger Stand der Tarifbewegung in Breslau

In der September-Versammlung wurde der Stand unserer Tarifbewegungen besprochen. In der Wäschebranche erreichten wir, daß auf den am 1. November 1919 in Kraft getretenen Tarif für die in den Räumen der Arbeitgeber Beschäftigten ab 1. März ein Teuerungszuschlag von 25 Prozent, ab 1. April ein solcher von 33 1/2 Prozent gezahlt wird. Auf den am 1. Januar 1920 abgeschlossenen Tarif für die Heimarbeit (Stapelwäsche) erwirkten wir dieselben Zuschläge. Da die Lebenshaltung immer teurer wurde und die beiden Tarife mit dem 30. Juni abliefen, kündigten wir sie, in der Hoffnung, noch mehr herauszuholen zu können. Wir sahen uns aber arg getäuscht, denn infolge des sogen. Käuferstreiks wurde die Arbeit knapp. Wir wollten nun die Tarife mit einem kleinen Teuerungszuschlag um zwei Monate verlängern. Dies ist für die in den Räumen der Arbeitgeber Beschäftigten — allerdings nur mit Hilfe des Schlichtungsausschusses — gelungen. Der Verein Breslauer Wäsche- und Schürzenfabrikanten gewährte nach endlosen Besprechungen 50 Prozent Teuerungszuschlag auf die Grundlöhne ab 1. Juni und Verlängerung um zwei Monate. Dies wollten wir auch für die Heimarbeit haben, aber da stießen wir auf Widerstand. Der Unternehmerverband erklärte, für die Heimarbeit keine Teuerungszulage geben und den Tarif auch nicht verlängern zu können. Von Seiten der Arbeitgeber wurde die Zuständigkeit des Schlichtungsausschusses für die Heimarbeit angezweifelt. Es kam zu keinem Ergebnis, da sich der Vertreter der Arbeitgeber als „nicht kompetent“ erklärte. Einige Tage darauf wurde unser Gewerksverein telephonisch angerufen und ihm mitgeteilt, daß sich die Fabrikanten dahin geeinigt hätten, den Feimarbeiterinnen ab 1. Juli 50 Prozent auf die Grundlöhne gewähren zu wollen, allerdings unter Ausschluß der Gewerkschaften. Als Antwort darauf wurde abermals der Schlichtungsausschuss angerufen, und es fand am 26. August ein Termin statt, in dem ein Schiedsspruch gefällt wurde, wonach ein Teuerungszuschlag von 50 Prozent auf die Grundlöhne unter Verlängerung des Tarifes um weitere zwei Monate ab 1. Juli zu zahlen ist. Da die Fabrikanten erklären ließen, daß der Tarif in der Heimarbeit sie rechtlos mache und ein Verhandeln auf direktem Wege nicht möglich war, riefen wir am nächsten Tage wiederum den Schlichtungsausschuss an und baten ihn zu vermitteln, daß der bis zum 31. August geltende Tarif bis zum 31. Dezember verlängert würde. Am 9. September teilte uns der Schlichtungsausschuss mit, daß weitere Verhandlungen in dieser Angelegenheit anderaumt würden, nachdem in Sachen des Schiedspruches vom 26. August die Entscheidung des Herrn Regierungspräsidenten eingegangen ist.

Ueber die Vorgänge in der Damenkonfektion wurde berichtet, daß die Nachzahlung ab 2. Februar, zu welcher die Fabrikanten laut Schiedsspruch vom 27. Februar verpflichtet sind, noch nicht erfolgt ist, und daß in dieser Angelegenheit ebenfalls der Schlichtungsausschuss angerufen worden ist. Zur Stunde ist die Sache schon geklärt. Am 10. September fand der Termin statt. Die Fabrikanten, welche zu Anfang der Verhandlungen mit der Nachzahlung am 2. Februar einverstanden waren, erklärten vor dem Schlichtungsausschuss, es bestehe über diese Vereinbarungen kein Tarif, und sie könnten daher keine Nachzahlung leisten. Der Vertreter des Meister-

Verbandes stellte dazu den Antrag, die Gewerkschaften abzuweisen. Wir berieten uns auf den Schiedsspruch vom 27. Februar, und nach endlosen Auseinandersetzungen kam es zu folgender Einigung:

„Die Fabrikanten verpflichten sich, vom Differenzbetrag zwischen den schriftlich niedergelegten und den bezahlten Löhnen 65 Prozent an die letzte Arbeitnehmerin zu zahlen. Der Rest weis über die zu wenig gezahlten Löhne wird mit Hilfe des Meisters erbracht und vom Meister dem Fabrikanten zur Prüfung eingereicht. Der Fabrikant übergibt die Beträge dem Meister gegen Aushändigung einer Einzelquittung der Arbeitnehmerin, die vom Meister gekennzeichnet sein muß. Einheitsfragen scheiden von dieser Berechnung aus.

Als niedergelegte Löhne gelten die im Lohnarif vom 20. Juni 1920 zuschlagsfreien Grundlöhne — mit Ausnahme von Position 39, welche 7,00 M, bezw. 9,35 M, bezw. 11,75 M betragt — zuzüglich 80 Prozent Meisterzuschlag.

Meister, welche ihren Arbeitnehmern weniger als 50 Prozent des vom Fabrikanten erhaltenen Lohnes bezahlt haben, verpflichten sich, diese Differenz den Arbeitnehmern nachzuzahlen.

Die Vereinbarung gilt für sämtliche Parteien, für alle vom Fabrikanten an die Meister in der Zeit vom 2. Februar bis 30. April 1920 in die Arbeit gegebenen Stücke. Durch Annahme dieses Vergleiches verzichten die Parteien auf Ansprüche aus dem Schiedsspruch vom 27. Februar 1920."

Berechnung:

Beispiel: für den Fabrikanten:

Tariflohn Position 1	10,— M.
80% Meisterzuschlag	8,— "
Zusammen	18,— M.

Angenommen:

Vom Fabrikanten gezahlt	16,— M.
Differenz	2,— "
Darvon 55%	1,10 "
An die Arbeitnehmerin mithin	1,10 M. zu zahlen.

Beispiel: für den Meister:

Vom Fabrikanten an den Meister gezahlt	24,— M.
Anspruch der Arbeiterin an den Meister	12,— "
Angenommen:	
Vom Meister an die Arbeiterin gezahlt	10,— "
Mithin vom Meister nachzuzahlen	2,— "

In der Krawattenbranche haben wir einen Ergänzungsantrag eingereicht, welcher einige Arbeiten, namentlich die Quarbeiten, bessern soll. Der am 1. Juni von den Parteien unterzeichnete Tarif wurde innegehalten. Aus der Versammlung heraus ergab sich eine Krawattenmacherin das Wort und sagte, daß man für die Krawatte, welche jetzt mit 8,20 M das Abend bezahlt wird, früher 1,20 M bezahlt bekam.

Wägen obige Fellen jede Feimarbeiterin erkennen lassen, wie notwendig es ist, dem Gewerksverein der Feimarbeiterinnen anzugehören! Martha Diebitz.

Ferien.

Welch einen freudigen Klang hat das Wort „Ferien“ schon in der Schulzeit für uns alle gehabt. Wie glücklich war man am Ende des letzten Schultages, wenn keine Prüfung in die Luft war! Man konnte nun alles geschehen: man durfte später ins Bett gehen — fast so spät wie die Großen — und konnte morgens ausstrecken, für Lieblingsspiele und Lieblingsbücher war Zeit, Landpartien wurden gemacht, wohl gar eine Reise. Das Stadtkind kam aufs Land und lernte die Tiere aus seinen Büchern persönlich kennen, es erlebte mit Staunen die Bewunderung, daß man auf einem Grasplatz treten und Blumen pflücken darf, und das Landkind besuchte die Großeltern in der Stadt, staunte die hohen Häuser, die hellen Läden an und ging ins Theater oder ins Kino. Allen war die Welt in den Ferien größer, reicher und schöner geworden.

Als wir selbst groß wurden, schrumpfte die Welt wieder ein, und der helle Glanz, der in unseren Kindertagen auf allem gelegen hatte, erblich, aber das Wort „Ferien“ behielt seinen besonderen Klang. Wir zogen nicht mehr aus, um unerhörte, neue Entdeckungen zu machen, sondern um für ein Weilschen unsere Sorgen zu vergeffen, um beim Nauten des Meeres, dem Singen der Vögel, dem Flüßern der Bäume wieder zu lernen, wie klein unser eigenes Freuen und Leiden ist, um gesund zu werden an Leib und Seele, um mit neuen Mut, mit neuen Kräften an unsere Arbeit zurückgehen zu können. Nicht nur wir selbst, auch die Arbeit merkte die Ferien, jetzt ward sie nicht mehr zur Qual für den übermüdeten Körper, jetzt war sie wieder zur Freude geworden: die Nadel slog

Aus anderen Verbänden.

Christliche Gewerkschafter im Reichstag. In seiner neuen Zusammenfassung zählt der Reichstag 22 Abgeordnete, die auch Mitglied einer christlichen Gewerkschaft sind. Es sind dieses die Abgeordneten: Andre-Stuttgart (Zentrum), Holzarbeiter; J. Beder-Berlin (Zentrum), Metallarbeiter; Margarete Behm-Berlin (Deutschnationale Volkspartei), Heimarbeiterin; Franz Behrens (Deutschnationale Volkspartei), Landarbeiter; Dauer-München (Bayerische Volkspartei), bayerischer Eisenbahner; Ehrhardt-Kattowitz (Zentrum), Bauarbeiter; Erising-Karlsruhe (Zentrum), Holzarbeiter; Giesberts (Zentrum), Metallarbeiter; Hartwig-Bielefeld (Deutschnationale Volkspartei), Schneider; Höwer-Altenkirchen (Zentrum), Keram- und Steinarbeiter; Imbusch-Essen (Zentrum), Bergarbeiter; Joos-M. Gladbach (Zentrum), Holzarbeiter; Koch-Eberfeld, (Deutschnationale Volkspartei), Staatsarbeiter; Puschmann-Glatz (Zentrum), Fabrikarbeiter; Schirmer-Basing (Bayerische Volkspartei), Metallarbeiter; Schlaß-Düsseldorf (Zentrum), Metallarbeiter; Schwarzer-München (Zentrum), Holzarbeiter; Stegerwald-Röln (Zentrum), Holzarbeiter; Streiter-Berlin (Deutsche Volkspartei), Krankenpfleger; Tremmel-Schaffenburg (Zentrum), Fabrikarbeiter; Wieber-Duisburg (Zentrum), Metallarbeiter; Winnefeld-Bochum (Deutsche Volkspartei), Bergarbeiter.

Dr. Theodor Brauer. Früher kaufmännischer Angestellter, ist Theodor Brauer seit Jahren am Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften in Köln tätig. Bis zu Beginn dieses Jahres war er Schriftleiter unseres „Zentralblattes“, die „Deutsche Arbeit“ liegt in ihrer Ausgestaltung noch heute in seiner Hand. Durch eisernen Fleiß hat er es dahin gebracht, noch in vorgeschrittenem Alter das Abiturientenexamen zu machen und im Anschluß daran die Universität besucht. Jetzt hat er nun auch sein Dokorexamen bestanden, und wir freuen uns dessen mit ihm. Eine ganze Reihe von Schriften, die besonders für unsere Gesamtbewegung und die Förderung volkswirtschaftlicher Aufgaben von Wert sind, haben ihn zum Verfasser. Es seien hier genannt: „Gewerkschaft und Volkswirtschaft“, „Bodenfrage und Arbeiterinteresse“, „Das Recht auf Arbeit“, „Das Betriebsrätegesetz und die Gewerkschaften“ (alle im Verlag von Fischer-Jena erschienen), „Gemeinwirtschaft — Grundzüge christlicher Sozialauffassung“ u. a. m. (im christlichen Gewerkschaftsverlag Köln). An wissenschaftlichen Zeitschriften und großen Tageszeitungen ist Brauer eifriger Mitarbeiter. Auf Grund seiner vielfältigen Sprachkenntnisse war Kollege Brauer auch wie kein anderer in der christlichen Gewerkschaftsbewegung befähigt, die Verbindungen zwischen den christlichen Gewerkschaften der verschiedenen Länder zu pflegen. Das reiche Wissen und die nie verjagende Arbeitskraft des Kollegen Brauer erfreuen sich so in unseren Kreisen der größten Wertschätzung, und der Person des „neuen Doktors“, die in ihrer Bescheidenheit wenig öffentlich hervortritt, gilt die Hochachtung unser aller.

Ueber die Steigerung der monatlichen Gewerkschaftsbeiträge seit 1913 bringt die „Deutsche Technikerzeitung“ folgende Angaben: Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband: 1913: 1,50 M., 1920: 10 M.; Verband deutscher Handlungsgehilfen: 1913: 1,50 M., 1920: 10 M.; Deutscher Werkmeisterverband: 1913: 1,30 M., 1920: 10 M.; Zentralverband der Angestellten: 1913: 1,20 M., 1920: 10 M.; Bergarbeiter: 1913: 1,70 M., 1920: 10 M.; Buchbinder: 1913: 2,75 M., 1920: 18,65 M.; Metallarbeiter: 1913: 3 M., 1920: 14,40 M.; Bauarbeiter: 1913: 3,80 M., 1920: 20,20 M.; Holzarbeiter: 1913: 2,55 M., 1920: 21,25 M.; Bund der technischen Angestellten und Beamten: 1913: 2,50 M., 1920: 20 M.

Wie sich die Angestellten organisiert haben. Unter dieser Ueberschrift bringt Max Koslowski, der Geschäftsführer der mit uns im „Deutschen Gewerkschaftsbund“ zusammengeschlossenen „Gedag“, im „Konfessionär“ vom 26. 9. 1920 folgende wertvolle Ausführungen: „Die Räte der Zeit haben die Gegensätze zwischen Unternehmern und Angestellten verschärft und besonders im Lager der Angestellten zu Gruppierungen geführt, die in ihren Grundzügen wohl geklärt, in ihren Machtverhältnissen aber wohl noch mancher Verschiebung unterworfen sein dürften. Das Bekenntnis: „Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind eins“, das die freien, marxistisch-geprägten Gewerkschaften auf ihrem Kongreß 1905 abgelegt haben, wird wohl in weiten Kreisen noch heute so aufgefaßt, daß alle Gewerkschaften in einen Topf geworfen werden. Dies ist nicht richtig, denn sowohl in der gewerkschaftlichen als auch in der sittlichen und nationalen Anschauung bestehen zwischen den einzelnen Richtungen Unterschiede grundlegender Art, die kennen muß, wer die Gewerkschaften beurteilen können will. Diese Urteilsfähigkeit ist aber nötig; für den Angestellten, damit

er durch seinen Beitrag nicht eine Weltanschauung übernehme, die für seinen nicht entspricht, für den Unternehmer, damit er die Forderungen, die ihm unterbreitet werden, aus ihren Beweggründen richtig beurteilen kann. Es ist z. B. keineswegs gleich, ob eine Gewerkschaft ihren Tarifentwurf nach Altersstufen und Dienstjahren aufbaut oder ob sie die kaufmännische und technische Arbeit nach ihrem Leistungswert zu erfassen sucht. Die erstere Form ist aus dem Gleichheitsideal geboren, die letztere will den Angestellten als Wertarbeiter geschätzt wissen und ihn anspornen, es zu werden.

Den marxistischen Gewerkschaften, der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa) haben sich die Angestellten erst nach der Revolution in größerem Maße zugewandt. Für Handel und Industrie kommen besonders in Betracht: der Zentralverband der Angestellten, von dessen 400 000 meist weiblichen Mitgliedern wohl gut die Hälfte Weibchen, Krankenlassen- und dergleichen Angestellte sein dürften, während der Rest nur zum kleinen Teil aus gelehrten kaufmännischen Angestellten besteht, der Bund technischer Angestellter und Beamter und der Deutsche Werkmeister-Verband mit je etwa 120 000 Mitgliedern.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (GDA) umfaßt folgende Verbände: Verband deutscher Handlungsgehilfen, Kaufmännischer Verein von 1858, Verein der deutschen Kaufleute, Deutscher Angestelltenbund. Die ursprüngliche Absicht dieser Verbände, einen Einheitsverband für alle Angestelltingruppen zu bilden, ist an gesetzlichen Hindernissen und auch wohl an dem Mangel völliger Uebereinstimmung gescheitert. Die Verbände, auch die Handlungsgehilfen-Verbände, nehmen außer männlichen auch weibliche Mitglieder, außer kaufmännischen auch technische und Bureauangestellte auf, doch entspricht der Erfolg der Gründung nicht den Erwartungen. Der GDA zählt nicht viel über 200 000 Mitglieder. Seine Gesinnungsrichtung entspricht etwa der der Kirch-Dunderschen Gewerksvereine, die ja auch keine große Jugkraft entfaltet haben, der GDA bezeichnet sich selbst als freiheitlich-national.

Der Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften (Gedag) besteht aus folgenden Verbänden: Deutsch-nationaler Handlungsgehilfenverband (DHB), Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten (WBA), Deutscher Bankbeamtenverein, Reichsverband deutscher Bureau- und Behördenangestellter, Bund angestellter Chemiker und Ingenieure, Neuer Deutscher Techniker-Verband, Deutscher Werkmeister-Bund, Reichsverband land- und forstwirtschaftlicher Fach- und Körperchaftsbeamter; die kaufmännischen Verbände bilden unter sich den Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestellten-Verbände. Der Aufbau ist so gedacht, daß grundsätzlich jeder Angestellte in einem der Verbände seinen Platz finden kann. Die Verbände sind für ihre Berufsangelegenheiten selbst zuständig. Der Gesamtverband zählt heute 450 000 Mitglieder, die stärksten Verbände sind der DHB mit 250 000 und der WBA mit 110 000 Mitgliedern. Die technischen Verbände sind zu dem Zweck gegründet worden, dem jetzt rein marxistisch gerichteten Bund technischer Angestellter und Beamter eine parteipolitisch neutrale, national zuverlässige Gruppe gegenüberzustellen. Die Verbände stehen auf allgemein sittlicher, zum Teil auf christlich-nationaler und zum anderen Teil auf stramm nationaler (völkischer) Grundlage; gemeinsam haben sie sich zum Ziel gesetzt, den marxistischen Proletarisierungstendenzen der freien Angestelltingewerkschaften eine nationale Angestelltenpolitik entgegenzusetzen, die der besonderen Stellung der Angestellten im Wirtschaftsleben und ihren sozialen Bedürfnissen gerecht wird.

Diese drei Spitzenverbände der Angestelltingewerkschaften gehören der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands an. In der letzten Zeit tauchen Bestrebungen auf, für einen „Bund nationaler technischer Angestellter“ Stimmung zu machen. Er bezeichnet sich selbst als „wirtschaftsfriedlich“ (Selbst), verneint den Klassenkampf und damit den Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Gesinnungsgrundlagen der Angestelltingewerkschaften scheiden sich an der Stellung zum Klassenkampf und zur nationalen Frage. Was aber besonders die Seele der deutschen Arbeiterschaft vergiftet hat und auch der Angestellten zu vergiften droht, das ist die marxistische Lehre, die die Klasse über die Volksgemeinschaft stellt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten vertritt die „Gemeinsamkeit aller Angestellten gegenüber der Arbeitgeberchaft“, erkennt also damit den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit an. Er erstrebt „eine organisatorische Entwicklung auf wirtschaftlichem, staatlichem und kulturellem Gebiete nach sozialen, rechtlichen und nationalen Grundzügen. Das Wohl der Gesamt-

beit kann nur auf dem Wohl des einzelnen beruhen." Er „bekämpft die einseitigen internationalen Bestrebungen, welche die Arbeitskräfte des deutschen Volkes ausländischen Kapitalisten tributpflichtig machen oder eine Klassenherrschaft aufrichten wollen“, auch „unterstützt er die Bildung von Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern“.

Diesen beiden gegenüber sucht der Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften (Berlin C 19, Vertrauensstr. 20/21) die Leitlinie seines Handelns in den sittlichen Grundlagen der Arbeit und des deutschen Volkstums, ohne Zugeständnisse an die freien Gewerkschaften. Er leugnet nicht die Notwendigkeit, die Gegensätze zwischen Unternehmern und Angestellten auszutragen (Klassenkampf), aber indem er sie innerhalb der eigenen Volksgemeinschaft austrägt, achtet er die kulturellen Grenzen, die im Volkstum liegen. Kampf ist weder unchristlich noch unchristlich, wenn er nur nicht Selbstzweck wird, wenn er in sittlichen Formen und mit sittlichen Zielen geführt wird. Aus solchem Kampf allein, aber weder aus kampfescheuer Schwäche, noch aus dem Geist, der stets verneint, kann eine Beseitigung der Kampfformen, eine Verständigung entspringen, in der die Gegensätze ihren Ausgleich finden, die Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmer- und Angestelltenverbänden auf dem Boden gegenseitiger Achtung. Das ist ein Friedenszustand, der auch beim Auftreten neuer Spannungen vor der Verwendung giftiger Waffen schützt. Die Ausgleichung der Gegensätze innerhalb der Volksgemeinschaft erlaubt, den Kampf um die wirtschaftlichen Notwendigkeiten des deutschen Volkes den andern Völkern gegenüber in gemeinsamer Front und damit um so wirksamer zu führen.

Von den arbeitenden Schichten haben die Angestellten den größeren Einblick in die Bedürfnisse des Wirtschaftslebens. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Bewegung, die auch sie zum großen Teil nach Ausbruch der Revolution in die freien Gewerkschaften führte, im Zurückgehen begriffen ist. Die stets beunruhigende Lattit der freien Angestellten-Gewerkschaften, ihre Bindung an die politische Sozialdemokratie, ihr aktives Eingreifen mit politischen Zielen (Diktat der Gewerkschaften im Zusammenhang mit dem Kampfspruch, Matzeier), haben viele Angestellte, die dort ihre gewerkschaftliche Vertretung suchten, abgestoßen. Die rückläufige Bewegung setzt ein. Im Gegensatz dazu hat die nationale Angestelltenbewegung ihre Organisation in stetem Aufbau und unter klarer Herausarbeitung ihrer Ziele so gefestigt, daß sie heute die marxistischen Angestellten-Gewerkschaften geminnungsgemäß bereits überwunden hat, die zahlenmäßige Ueberwindung wird nicht ausbleiben.

Eine gewerkschaftliche Organisation für die berufliche Kranken- und Wohlfahrtspflege ist soeben in Berlin (N 38, Schönhauser Allee 130) entstanden, nach entsprechender Umwandlung der Grundlagen der seit 1903 bestehenden weitverbreiteten Ständevertretung des Krankenpflegepersonals. Die begründende Sitzung im Berliner Rathaus war von namhaften Vertretern aus Bayern, Württemberg, Baden, Sachsen, Rheinland, Westfalen und Brandenburg besucht. Dem Anschluß an den Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften und den Deutschen Gewerkschaftsbund (Vorsitzender: Preussischer Wohlfahrtsminister Stegerwald, Vorstandsmitglied auch unsere Hauptvorsitzende), insbesondere den Gesamtverband deutscher Beamten-Gewerkschaften, wurde lebhaft zugestimmt. Zum Vorsitzenden wurde der auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege und sozialen Fürsorge bekannte Stadtverordnete Streiter-Berlin gewählt. Fachgruppen wurden errichtet u. a. für die Kranken- und Irrenpflege, das Wohlfahrts-, Erziehungs- und soziale Fürsorgewesen, die Hebammen, Säuglingspflegerinnen, Kinderkammerfrauen (Kortnerinnen), das Desinfektions-, Bade- und Waschwesen, die Laboratorien- und Röntgentechnik usw. Die Verschmelzung mit Einzelverbänden dieser Berufsgruppen ist in die Wege geleitet. Als Fachzeitschrift dient weiterhin die im 17. Jahrgang erscheinende Monatschrift „Deutsche Krankenpflege“. Für die staatlicherseits zu regelnde Berufsausbildung und eine neuzeitliche Reform der staatlichen, provinziellen und kommunalen Besoldungsordnungen wurden nach eingehenden Vorträgen einheitliche Grundzüge vereinbart.

Von unserer Deutschen Volksversicherung. Diese nimmt am 1. Oktober d. Js. einen neuen Zweig, die „Deutsche Feuerversicherung“, an der auch der Gewerbeverein der Heimarbeiterrinnen beteiligt ist, auf. Die Genehmigung des preussischen Handelsministeriums ist bereits erfolgt. Es wird uns dazu folgendes berichtet: „Es zeigt sich, daß die Gründung unserer Deutschen Feuerversicherung lebhaften Anlaß in unseren Mitgliederkreisen gefunden hat. Die Anfragen nach dem Termin der Betriebsaufnahme und nach den Versicherungsbedingungen häuften sich daraus heran, wir schließen, daß die erfolgte Gründung einem

längst gehegten Bedürfnis entsprach, und wir dürfen daran die Hoffnung knüpfen, daß unsere Mitglieder sich künftig nur noch in ihrer eigenen Feuerversicherung versichern, soweit sie nicht noch Verträge mit anderen Feuerversicherungsgesellschaften laufen haben.

Aus dem an der „Deutschen Feuerversicherung“ bekundeten Interesse können wir erneut die begrüßenswerte Tatsache feststellen, daß die Arbeiter und Angestellten, wie sie darnach streben, in eigenen wirtschaftlichen Betrieben tätig zu sein, so auch Schutz in ihrer eigenen Versicherung suchen. Sie haben alsdann die Gewißheit, daß, neben entgegenkommender Bedienung, jeder erzielte Gewinn ihnen, bzw. ihren Organisationen, als Trägern des Unternehmens, wieder zufließt.“

Versammlungsanzeiger.

- Affona.** 14. Oktober, 11. November, 7 Uhr, Blumenstr. 79, Vereinshaus.
- Berlin-Moabit.** 11. Oktober, 8. November, 1/8 Uhr, Altkönig 25, Gemeindehaus
- Berlin-Nord.** 13. Oktober, 10. November, 1/8 Uhr, Ackerstr. 52, Saal der Brodenjarmlung.
- Berlin-Nordost.** 12. Oktober, 9. November, 1/8 Uhr, Schönhauser Allee 177, Hof 11, Stadtmittelsaal.
- Berlin-Öst.** 11. Oktober, 8. November, 1/8 Uhr, Gr. Frankfurter Strake 11, Hof I.
- Berlin-Süd.** 5. Oktober, 2. November, 1/8 Uhr, Johannistisch 5, Eingang Brachvogelstrake, at Saal.
- Berlin-Südost.** 11. Oktober, 8. November, 7 Uhr, Grünauer Strake 14, bei Straub
- Berlin-Wedding.** 14. Oktober, 11. November, 8 Uhr, Schulstrake, Raarethkirche.
- Berlin-West.** 11. Oktober, 8. November, 8 Uhr, Schöneberg, Hauptstrake 19, Mittelsaal.
- Berlin-Wilmersdorf.** 12. Oktober, 9. November, 1/8 Uhr, Detmolder Strake 17/18, Gemeindehaus.
- Biesfeld.** 11. Oktober, 8. November, 8 Uhr, Hotel Vereinshaus, Eingang Rimmerstrake, 3 Fahr.
- Brandeb.** 13. Oktober, 10. November, 8 Uhr, Konfirmandenhaus.
- Brandenburg.** 11. Oktober, 8. November, 8 Uhr, Reisingplatz 5, Cv. Vereinshaus.
- Breslau-Nord.** 4. Oktober, 1. November, 7 Uhr, Basteigasse 6a, im Saale des Plautzenvereins.
- Breslau-Süd.** 13. Oktober, 10. November, 7 Uhr, Herrenstr. 21/22, Gemeindefaal der Elisabethgemeinde.
- Breslau-West.** 19. Oktober, 16. November, 7 Uhr, Frankfurter Strake 28, Konfirmandenzimmer der Paulusgemeinde.
- Charlottenburg.** 11. Oktober, 8. November, 8 Uhr, Goethestrake 22, Jugendheim.
- Darmstadt.** 8. Oktober, 12. November, 8 Uhr, Stiftstrake 51, „Aeterabend“.
- Dorberg.** 17. Oktober, 14. November, 1/4 Uhr, Kreuzkrug.
- Presden-Altködt.** 11. Oktober, 8. November, 8 Uhr, Gemeindefaal der Fr. uentkirche, Moritzstrake 4, Hof I.
- Presden-Königsb.** 1. Oktober, 5. November, 8 Uhr, Köntigstr. 21, Gemeindefaal der Dreikönigkirche.
- Presden-Pieschen.** 11. Oktober, 8. November, 8 Uhr, Concordienstrake 4, „Concordia“.
- Presden-Striesen.** 12. Oktober, 9. November, 8 Uhr, Wormser Strake 14, „Stadt Worms“.
- Pfäfersdorf.** 11. Oktober, 8. November, 8 Uhr, Sulfenstrake 33, Paulushaus.
- Stung.** 19. Oktober, 16. November, 1/8 Uhr, Böferstr., Erholungshaus.
- Erfurt.** 4. u. 18. Oktober, 1. u. 16. November, 8 Uhr, Allerheiligenstr. 11, Cv. Vereinshaus.
- Effen-Ruhr.** 28. Oktober, 25. November, 5 Uhr, Burgplatz 5.
- Frankfurt-Mollersheim.** 19. Oktober, 16. November, 8 Uhr, Bodenheimer Rathaus.
- Frankfurt-Nordheim.** 18. Oktober, 15. November, 8 Uhr, Bergerstrake 133, Josefshaus.
- Frankfurt-Mitte.** 14. Oktober, 11. November, 8 Uhr, Bleichstr. 40.
- Frankfurt-West.** 20. Oktober, 17. November, 8 Uhr, Hohenzollernplatz 33.
- Härsig in Bayern.** 4. Oktober, 1. November, 1/8 Uhr, Ottostr. 5, Luisenheim, Rückgebäude.
- Greiffenberg u. Schlesien.** 13. Oktober, 10. November, 8 Uhr, Präparanden-Klasse I.
- Saale-Nord.** 6. Oktober, 3. November, 8 Uhr, Albrechtstr. 27, Neumarkt-Gemeindehaus.
- Saale-Süd.** 4. Oktober, 1. November, 8 Uhr, Kleine Klausstr. 12, Domgemeindehaus.

